

# Protokoll

zur Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Seelbach,  
am 25.03.2010 im Waldhotel „Imhäuser“ in Marienthal

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

---

Anwesend waren:

- a) stimmberechtigt  
Ortsbürgermeister Gerd-Rainer Birkenbeul  
Beigeordneter Wolfgang Schumacher  
Renate Lindlein  
Kathrin Brück  
Günter Klein  
Michael Schneider  
Bernd Schumacher
  - b) nicht stimmberechtigt: --
  - c) von der Verwaltung  
VAe Claudia Stock, AR Peter Brenner, Bgm Rainer Buttstedt
- 

Es fehlten:

- a) entschuldigt: --
  - b) unentschuldigt: --
- 

Die Gremiumsmitglieder waren durch Einladung vom 15.03.2010 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgemacht. Der Vorsitzende stellte bei Sitzungseröffnung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung Einwendungen nicht erhoben wurden. Das Gremium war nach Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

## Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
3. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Ortsgemeinde Seelbach für das Haushaltsjahr 2010
4. Resolution „Schluss mit Eingriffen in der Kommunalfinanz“
5. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses
6. Festlegung des Bekanntmachungsorgans für öffentliche Bekanntmachungen
7. Seniorenveranstaltung 2010
8. Kinderspielplatz in Niederseelbach
9. Anfragen
10. Einwohnerfragestunde

Nach Verlesen der Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben, bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

### **Top 1: Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung**

Ortsbürgermeister Gerd-Rainer Birkenbeul begrüßte die anwesenden Ratsmitglieder sowie AR Peter Brenner und Claudia Stock von der Verwaltung.  
Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung sowie die Tagesordnung fest.  
Die Tagesordnung wurde unverändert angenommen.

### **Top 2: Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen**

Zunächst beantwortete OB Birkenbeul die Anfrage aus der letzten Ratssitzung zu dem Weg durch das Seelbachtal. Hier ist aktuell die „Neue Arbeit“ dabei, die Wegränder freizuschneiden. Nach Rücksprache mit Herrn G. Müller vom Bauhof sollen anschließend die Schlaglöcher beseitigt werden.

Weiterhin berichtete OB Birkenbeul über einen Kontakt mit der Deutschen Bahn in Koblenz zu dem Haltepunkt in Marienthal. Grund ist die dort fehlende Beleuchtung, die aus Gründen der Sicherheit zwingend erforderlich ist. Problematisch ist die hier fehlende Stromversorgung. Wesentlich ist die zu klärende Kostenfrage, zumal der Haltepunkt ja auch nicht auf dem Gebiet der Ortsgemeinde Seelbach liegt. Die OG kann sich im Rahmen ihre Möglichkeiten allenfalls beteiligen.

Etwa im Jahre 2014 ist beabsichtigt, den in der Nähe liegenden Tunnel zu sanieren, wodurch sich dann das Problem der fehlenden Stromversorgung klären würde. Dieser Zeitraum ist allerdings aus Sicherheitsgründen zu lange.

### **Top 3: Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Ortsgemeinde Seelbach für das Haushaltsjahr 2010**

Nach einer kurzen Einleitung durch OB Birkenbeul erläuterte der Kämmerer P. Brenner ausführlich den vorliegenden Haushaltsentwurf, der nach Jahren erstmals einen Fehlbetrag enthält.

Maßgeblich sind hierfür insbesondere die Auswirkungen der allgemeinen Finanzkrise und ein deutlicher Rückgang der Schlüsselzuweisungen, der in Seelbach auch durch einen erheblichen Rückgang der Einwohnerzahl begründet ist.

Der Haushaltsausgleich kann durch die Liquiditätsüberschüsse aus dem Vorjahr (Abnahme der Forderungen gegenüber der Verbandsgemeinde) sichergestellt werden.

### **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Ortsgemeinde Seelbach für das Haushaltsjahr 2010 werden in der vorgelegten Form beschlossen.

#### Abstimmung:

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder:	6 + 1
Anwesende Ratsmitglieder	6 + 1
Stimmberechtigt	7
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	---
Enthaltungen:	---

#### **Top 4: Resolution „Schluss mit Eingriffen in der Kommunalfinanz“**

AR Brenner erläuterte dem Rat den Sinn und Zweck der Resolution. Aus seiner Sicht sei es nötig, dass alle 2000 Gemeinden in Rheinland-Pfalz diese Resolution verabschieden.

Er erklärte, dass es nicht mehr ausreiche, sich über die katastrophale Finanzsituation mehr oder weniger laut Sorgen zu machen, die finanziellen Sorgen müssten gegenüber den politisch Verantwortlichen auch deutlich geäußert werden.

Mit Verabschiedung der Resolution sei es eher gewährleistet, dass diese Stimmen in Mainz oder Berlin auch gehört würden, als wenn sich nur eine einzelne Gemeinde beschweren würde.

#### Der Ortsgemeinderat verabschiedet die folgende Resolution.:

Bund und Land haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern. Bund und Land haben neue Leistungen beschrieben, die von den Gemeinden und Städten, Verbandsgemeinden und Landkreisen zu leisten und zu finanzieren sind (z. B. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz). Sicher sind solche Leistungen sozialpolitisch sehr wünschenswert, sie müssen aber auch bezahlt werden. Wir leisten uns mehr, als wir uns leisten können. Die Ausgaben explodieren, besonders in den Bereichen Soziales (Beispiele: Jugend-, Sozial- und Eingliederungshilfe, Hartz IV, Grundsicherung), bei den Energiekosten und letztlich drücken uns die Zinslasten. Bestellt werden immer weitere und neue Leistungen, so in der Jugendhilfe und bei den Schulbüchern, doch bezahlen sollen die Gemeinden und Städte, Landkreise und Verbandsgemeinden. Verkündet werden diese als Wohltaten des Bundes und des Landes, getreu dem Motto: „Es ist gut, aus anderer Leute Leder Riemen zu schneiden.“ Auf der anderen Seite werden die Einnahmen gekürzt. Allein das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kostet die rheinland-pfälzischen Kommunen 70 Mio. €; ein weiteres Einnahmekürzungsgesetz ist auf Bundesebene in Vorbereitung. Dabei geht es um die Umsetzung europäischer Steuerrechtsvorgaben: Nochmals 30 Mio. €.

Die Auswirkungen treffen allein die Gemeinden und Städte. Der Landkreis und die Verbandsgemeinde haben keine nennenswerten eigenen Steuerquellen. Der Landkreis und die Verbandsgemeinde erheben Umlagen von den Gemeinden und Städten. Steigen die Ausgaben bei den Landkreisen und Verbandsgemeinden, werden diese von uns finanziert. Gleichzeitig werden uns Einnahmen durch Steuergeschenke genommen. Uns Gemeinden und Städte fehlt die Luft zum Atmen. Wir können unsere eigenen Aufgaben kaum noch erfüllen. Wir müssen die Steuern erhöhen und Ausgaben kürzen. Kommunale Selbstverwaltung und politische Gestaltung vor Ort findet nicht mehr statt.

Den letzten beißen die Hunde! Damit muss Schluss sein!

#### Forderungen:

1. Den Allgemeinen Finanzausweisungen des Landes sind entsprechend den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 insgesamt 100 Mio. € zusätzlich zuzuführen.
2. Auf Bundesebene ist das Land gefordert, sich für eine Gemeindefinanzreform einzusetzen, die entscheidend zu einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung der Kommunen beiträgt. Die aktuell vorgesehene Kürzung der Erstattung bei den Kosten der Unterkunft und gesetzgeberisch veranlasste Steuermindereinnahmen gehen voll zu Lasten der Kommunen, wie zuletzt das Bürgerentlastungsgesetz und das

Wachstumsbeschleunigungsgesetz und nunmehr zusätzlich auch das Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben.

3. Auf Bundes- und Landesebene ist ein dauerhaftes Konzept zu beschließen, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert: Dazu gehört auch eine starke Gewerbesteuer! Diese darf nicht durch das EU-Vorgabe-Gesetz geschwächt werden.
4. Wir fordern einen Ausgleich der Steuermindereinnahmen der Gemeinden und Städte im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes und des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Eingriffe durch das EU-Vorgabe-Gesetz müssen unterbleiben.
5. Wir fordern einen Rettungsschirm für die Gemeinden, Städte, Verbandsgemeinden und die Landkreise jetzt!

Wir fordern deshalb den Landtag und die Landesregierung auf, eine angemessene kommunale Finanzausstattung verfassungsrechtlich ohne Einschränkungen zu sichern. Ohne angemessene Finanzausstattung kann keine kommunale Selbstverwaltung funktionieren. Die in der Landespolitik Verantwortung Tragenden sind aufgerufen, für eine starke kommunale Selbstverwaltung einzutreten.

#### Begründung:

1. Die Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kommunen hat sich – gerade im Ländervergleich und im Verhältnis zu den anderen Gebietskörperschaftsgruppen im Land - trotz der 2007/2008 insgesamt positiven Entwicklung der Umlagegrundlagen weiter dramatisch verschlechtert.
2. Seit mehreren Jahren in Folge verzeichnen Gemeinden/ Städte/ Verbandsgemeinden per Saldo Defizite, die rheinland-pfälzischen Kommunen insgesamt verzeichnen diese per Saldo sogar schon seit 20 Jahren. Die Liquiditätskredite der Kommunen in Rheinland-Pfalz übertreffen den Länderdurchschnitt um mehr als das Doppelte und liegen in der Gesamtsumme bei nahezu 4,5 Mrd. € (2002 = 1,4 Mrd. €); das entspricht einer Steigerung um mehr als das Dreifache, Tendenz weiter stark ansteigend! Hierfür müssen Zinsen gezahlt werden. Dadurch wird sich diese Situation zu einem Sprengsatz für die kommunale Selbstverwaltung entwickeln.
3. Die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen sind im Ländervergleich um ca. 15 % unterdurchschnittlich. Die Beteiligung der Gemeinden und Städte, Landkreise und Verbandsgemeinden an den Landessteuern sind in Rheinland-Pfalz ebenfalls zu gering, weil der Kommunale Finanzausgleich über Jahre immer mehr mit Ausgaben für Landesaufgaben befrachtet wurde. Die kommunale Beteiligung an den Steuereinnahmen des Landes ist zudem durch den so genannten Stabilisierungsfonds gedeckelt und bewirkt eine Begrenzung des Zuwachses der Finanzausgleichsmittel auf viel zu niedrigem Niveau.
4. Im Ausgabenbereich steigen die schon jetzt hohen Umlagebelastungen der Gemeinden und Städte, u.a. bedingt durch den stetigen Anstieg der Sozialausgaben (Beispiele: Jugend-, Sozial- und Eingliederungshilfe, Hartz IV, Grundsicherung) und die hohen Zinslasten und Energiekosten unvermindert an. Kreise und Verbandsgemeinden haben keine anderen Möglichkeiten, ihre schon meist defizitären Haushalte strukturell zu steuern. Sie geben diese Defizite an die Gemeinden und Städte weiter, die diese aus ihren Einnahmen schon lange nicht mehr auffangen können. Da für derartige (Alt-)Fälle und Ausgabenblöcke in aller Regel der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ nicht greift,

lehnt das Land die Erstattung der Mehrbelastungen ab. Folge: Von einer aufgabenangemessenen kommunalen Finanzausstattung ist man in Rheinland-Pfalz weit entfernt. Immer mehr Kommunen weisen ein hohes negatives Eigenkapital auf.

5. Der Bund ist auch im Rahmen der Föderalismusreform seiner Mitverantwortung für die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene nicht gerecht geworden und lehnt bislang die notwendige Beteiligung der Kommunen am Aufkommen aus der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer ab. Dies muss in der angekündigten Finanzreform dringend korrigiert werden.
6. Die von kommunaler Seite geforderte Totalüberprüfung aller öffentlichen Aufgaben (Bund, Länder, Kommunen) findet nach wie vor nicht statt. Die sich aus diesen Aufgaben ergebenden gesetzlichen Verpflichtungen werden zu einem weiteren Anstieg der exorbitant hohen Liquiditätskreditverschuldung führen. Wir leben von „Überziehungskrediten“!
7. Die in den nächsten Jahren noch verstärkt zu erwartenden negativen Auswirkungen der Konjunkturkrise treffen die Kommunen - sowohl bei den Steuereinnahmen als auch den Sozialausgaben - überdurchschnittlich. Die Kommunen sind in dem für die Bewältigung der Wirtschaftskrise wichtigen Jahr 2010 nur dann in der Lage, zu investieren und die Wirtschaft anzukurbeln, wenn das Land den Allgemeinen Finanzausgleich des Kommunalen Finanzausgleichs zusätzliche Mittel zuführt und der Bund bereit ist, die Regeln des Grundsatzes „Wer bestellt, bezahlt!“ bei zukünftigen Gesetzesvorhaben selbst einzuhalten und bis auf die kommunale Ebene herunterzubrechen.

Zur Haushaltssituation der Verbandsgemeinde Hamm (Sieg)/ Ortsgemeinden:

Der Entwurf zum Haushalt 2010 der Verbandsgemeinde weist einen Fehlbetrag von 794.965 € im Ergebnishaushalt auf. Das ist gegenüber dem Vorjahr 2009 (Fehlbetrag 381.569 €) eine erhebliche Verschlechterung. Hauptgrund sind die Auswirkungen der allgemeinen Finanzkrise, aber auch neue Pflichten z.B. in den Kindergärten. Für die Folgejahre 2011 – 2013 werden ebenfalls erhebliche Fehlbeträge erwartet.

Die Haushalts-Entwürfe 2010 der dazugehörenden Ortsgemeinden bekommen diese Auswirkungen ebenfalls zu spüren, wobei bereits 2009 deutliche Steuer-Mindereinnahmen zu verzeichnen waren. Die wegbrechenden Erträge können in allen Haushalten nicht durch Einsparungen etc. kompensiert werden. Die Folge der nicht ausreichenden Finanzausstattung werden voraussichtlich alle Haushalte im laufenden Jahr 2010 in Form von erheblichen Jahresfehlbeträgen erfahren müssen.

Der Bedarf an Kassenkrediten (Kredite zur Liquiditätssicherung) hat für den Bereich der Verbandsgemeinde stark zugenommen: Jahresende 2007: 7 Mio. € → Jahresende 2009: 8 Mio. € → derzeit 9 Mio. € → erwarteter Kassenkreditbedarf zum Jahresende: ca. 11 – 12 Mio. €. Für die Folgejahre (bis 2013) dürfte der Kassenkreditbedarf weiter ansteigen.



### **Top 6: Festlegung des Bekanntmachungsorgans für öffentliche Bekanntmachungen**

Der Ortsgemeinderat Seelbach beschließt, die öffentliche Bekanntmachung von dringlichen Sitzungen ( § 1 Abs. 4 der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Seelbach) in der Rhein-Zeitung, Ausgabe Altenkirchen, zu veröffentlichen.

#### **Begründung:**

Mit der Landesverordnung zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften wurden die Bestimmungen, die für die Hauptsatzungen die namentliche Bezeichnungen einer Zeitung als Publikationsorgan für öffentliche Bekanntmachungen vorschreiben, durch neue Regelungen ersetzt (Anpassung an die EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG).

§ 1 der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Seelbach wurde entsprechend der Neuregelung angepasst.

Die Entscheidung, welche Zeitung als Bekanntmachungsorgan bestimmt wird, trifft der Ortsgemeinderat durch öffentlich bekannt zu machenden Beschluss.

#### Abstimmung:

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder:	6 + 1
Anwesende Ratsmitglieder	6 + 1
Stimmberechtigt	7
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	---
Enthaltungen:	---

### **Top 7: Seniorenveranstaltung 2010**

Der Rat war einstimmig der Ansicht, dass in diesem Jahr keine Bustour gemacht werden soll. Das Problem hierbei ist die vermeintlich geringe Teilnehmerzahl und auch ein geeignetes Ziel, dass im Rahmen einer „Halbtagestour“ angefahren werden kann. Grundsätzlich soll aber eine Veranstaltung stattfinden.

Angedacht ist ein gemeinsames Kaffeetrinken; eventuell in der Adventszeit.

### **Top 8: Kinderspielplatz in Niederseelbach**

OB Birkenbeul erläuterte eingehend, dass der Kinderspielplatz in Niederseelbach; einschließlich der noch vorhandenen Spielgeräte; absolut nicht den sicherheitstechnischen Bestimmungen entspricht, zumal jetzt auch die Einfriedung nicht mehr gegeben ist. Der Aufwand dies abzustellen, steht letztlich in keinem Verhältnis zum Nutzen. Hier ist auch die gegebene „Hanglage“ zu berücksichtigen. Weiterhin ist das Grundstück nicht im Besitz der Ortsgemeinde.

Bei einem möglichen Versicherungsfall würde der Versicherungsträger Regressansprüche gegenüber dem verantwortlichen Ortsbürgermeister prüfen.

Der OB schlug daher vor, den Spielplatz in Niederseelbach aufzulösen und den Bolzplatz in Oberseelbach zu erweitern (z.B. Schaukel).

Der Ortsbürgermeister erklärt, dass der Pachtvertrag eventuell in gegenseitigem Einverständnis gelöst werden könne, was letztlich mit dem Grundstückseigentümer zu klären ist.

Der Rat stimmt einstimmig diesem Vorschlag zu.

### **Top 9: Anfragen**

Der Termin für das Sommerfest wird auf den 28.08.2010 festgelegt.

Auf die Anfrage eines Ratsmitgliedes ob und wann in diesem Jahr eine Flursäuberung stattfindet, erklärte der OB, dieses mal darauf zu verzichten. Grund dafür ist die augenscheinlich nur geringe Verunreinigung entlang der Straßen und Wege.

Der Beigeordnete W Schumacher gibt an, dass die Pfadfinder das Gebiet um den Marienthaler Bach säubern werden.

### **Top 10: Einwohnerfragestunde**

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde beantwortete OB Birkenbeul die Anfrage eines Bürgers zur Straßenreinigung in Seelbach. Er wird hier einzelne Anwohner ansprechen und in einer Gesamtausgabe des Mitteilungsblattes nochmals auf die Straßenreinigungspflicht hinweisen.

Nachdem keine weiteren Anfragen erfolgen, bedankt sich Ortsbürgermeister Birkenbeul bei den Ratsmitgliedern und den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.

-Ortsbürgermeister-

-Protokollführerin-